Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 167. Donnerstag den 16. Juni 1887. 81. Jahrgang

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere früheren Bekanntmachungen bringen wir zur Kenntniß, daß außer den schon genannten Cassen die folgenden eingeschriebenen Hilfscassen und zwar:

1) Central-Kranken- und Sterbecasse der Drechsler und anderer gewerbl. Arbeiter, Sitz: Hamburg,
2) Central-Kranken- und Begräbnißcasse für Frauen und Mädchen Deutschlands, Sitz: Offenbach a. M.,
3) Central-Kranken- und Sterbecasse der Hotel- und Restaurant-Angestellten Deutschlands, Sitz: Frankfurt a. M.,
4) Kranken- und Begräbnißcasse des Gewerkvereins der deutschen Stuhlarbeiter und verw. Berufsgenossen, Sitz: Guben,
5) Kranken- und Begräbnißcasse des Gewerkvereins der deutschen Tischler und verw. Berufsgenossen, Sitz: Tempelhof bei Berlin,
6) Central-Kranken- und Sterbecasse der Tabakarbeiter Deutschlands, Sitz: Hamburg,
7) Unterstützungscasse des Lippischen Ziegler-Vereins II, Sitz: Lage,

dem §. 75 in Verbindung mit §. 6 des Gesetzes vom 15. Juni 1883 nicht Genüge leisten, während

8) die Krankencasse Wohlfahrt (eingeschriebene Hilfscasse), Sitz: Leipzig, und
9) die Kranken- und Begräbnißcasse der Arbeiter für Gautzsch und Umgegend (eingeschr. Hilfsc.)

infolge Generalversammlungs-Beschlusses sich aufgelöst haben.

Wir nehmen deshalb Veranlassung, diejenigen Herren Arbeitgeber, bei denen sich versicherungspflichtige Mitglieder dieser Cassen in Beschäftigung befinden, darauf aufmerksam zu machen, daß die Letzteren nunmehr binnen 3 Tagen bei der Orts-Kranken-Casse zur Anmeldung zu bringen sind.

Leipzig, am 15. Juni 1887.

Die Orts-Kranken-Casse für Leipzig und Umgegend.
Albert Brockhaus,
Vorsitzender.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.

Leipzig, den 20. Januar 1887.

Die Sparcassen-Deputation.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armendirectorium ist der Preis für das von der Armenbrodbäckerei zu liefernde Brod **vom 1. Juli dieses Jahres ab auf**

17 Pfennige pro Kilo

festgesetzt worden, was den Herren Districtsvorstehern und Armenpflegern hiermit bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 11. Juni 1887.

Das Armendirectorium.
A. R. 383. Ludwig-Wolf. U.

Bekanntmachung.

Submission für den Neubau der Bürgerschule zu Bitterfeld.

Für die innere Einrichtung der neuen Bürgerschule hierselbst sollen

22	Stück	Katheder nebst Podium,	veranschlagt	860 ℳ
4	„	Rechenmaschinen mit Gestell,	„	80 „
4	„	Buchstabirtafeln mit Gestell,	„	54 „
18	„	Wandtafeln,	„	180 „
22	„	Schränke,	„	660 „
2	„	Schränke für weibliche Handarbeiten,	„	60 „
50	„	Rohrstühle,	„	200 „
16	„	Schirmständer,	„	208 „
180	Meter	schmiedeeiserne Kleiderhaken incl. Befestigung derselben,	„	324 „
1		Tisch für das Conferenzzimmer,	„	150 „
4	Stück	verschließbare Bücherschränke,	„	200 „
1		Stufenleiter,	„	18 „
32	Stück	gußeiserne emaillirte Spucknäpfe,	„	64 „

im Wege der Submission vergeben werden.

Angebote sind bis zum

28. Juni d. Js., Vormittags 11 Uhr an Rathsstelle hier (Zimmer Nr. 4)

versiegelt einzureichen, in welchem Termine die Eröffnung erfolgt.

Bedingungen, Kosten-Anschlag und Zeichnungen liegen im Stadt-Secretariate hierselbst zur Einsicht aus.

Bitterfeld, den 13. Juni 1887.

Der Magistrat.
Sommer.

Hannover, den 3. Juni 1887.

Der diesjährige

Wollmarkt zu Hannover

wird am 27., 28. und 29. dieses Monats auf dem Packhofe abgehalten.

Der Magistrat der Königlichen Residenzstadt.
Haltenhoff.

Nichtamtlicher Theil.

Die zweite Lesung der Branntweinsteuervorlage.

(Zweiter Tag.)

Eine Aeußerung des Finanzministers v. Scholz, welche vom Reichstage dahin verstanden wurde, daß mit der Branntweinsteuer in der gegenwärtigen Höhe noch nicht das letzte Wort der Regierungen gesprochen sei, sondern daß der Branntwein später noch höher besteuert werden solle, entfesselte den lange zurückgehaltenen Strom der Beredtsamkeit des Abgeordneten Richter und gab ihm Gelegenheit, eine Ansprache an die Wähler zu halten, welche den Zweck hatte, zu beweisen, daß der neugewählte Reichstag lediglich eine Steuerbewilligungsmaschine sei, und daß ihm nach Annahme der Branntwein- und Zuckersteuer noch weitere Steuerpläne unterbreitet werden würden. Richter ging dann auf die Rolle über, welche der nationalliberalen Partei in diesem Reichstage zugedacht sei, und sagte: „Die Liebe zwischen den Nationalliberalen und der Regierung und die gegenseitige Interessengemeinschaft ist so stark, daß sie in ihrer beiderseitigen Existenz auf einander angewiesen sind. Ja wohl, sonst versinken Sie (die Nationalliberalen) in dieselbe Versenkung, in die Sie schon einmal versunken sind, und Sie werden sich vergegenwärtigen müssen, daß Sie wieder an die Wand gedrückt werden, bis Sie quieken, wie der Reichskanzler sagte. Wollen Sie ihm noch weiter zur Seite stehen, so werden Sie ihm noch viel mehr neue Steuern bewilligen müssen . . . Ich habe meine Worte nicht an irgend eine Partei gerichtet, sondern nach außen, weil es in dankenswerther Weise aufgeklärt worden ist, daß diese Mehrheit, welche die Steuer bewilligt, nicht die Kraft und die Fähigkeit hat, auch Beruhigung zu geben in Bezug auf neue Steuern. Diese Kraft haben Sie nicht. Sie haben keinen weiteren Zweck, als neue Steuern zu bewilligen, und wenn Sie Ihre Schuldigkeit gethan haben, dann thut die Regierung nach wie vor, was ihrem Programm entspricht."

Dieser plumpe Angriff auf die nationalliberale Partei verfehlte vollständig seinen Zweck, denn die Abgeordneten v. Bennigsen und Miquel erklärten beide, daß sie sich nur schwer entschlossen hätten, so große Bewilligungen aus dem Branntwein als Steuerobject zu gewähren Angesichts der großen Bedürfnisse des Reiches und der Finanzen der verschiedenen Bundesstaaten, daß sie nun aber auch auf das Bestimmteste erwarten, daß der Reichstag auf weitere Ansprüche an diesen Artikel nicht eingeht und in dieser Legislaturperiode mit anderen Steuervorlagen nicht weiter belästigt wird. In demselben Sinne sprachen sich die Vertreter des Centrums, der deutschen Reichspartei und der Conservativen aus, so daß also eine bündigere Absage aller in Betracht kommenden Parteien, auf weitere Steuerpläne der Regierungen, abgesehen von der Zuckersteuer, einzugehen, nicht ertheilt werden konnte. Das genügte aber dem Abgeordneten Richter keineswegs, der nun gerade im Zuge war, den lange angesammelten Aerger über das für seine Partei so schlechte Wahlergebniß über die Regierung und die nationalliberale Partei auszuschütten. Er rühmte die Standhaftigkeit seiner Partei, welche seit zwanzig Jahren das Volk vor immer höherer Belastung und unberechtigter Beschränkung der persönlichen Freiheit beschützt habe. Wenn er nach außen gewandt spreche, so folge er darin nur dem Beispiel des Reichskanzlers, welcher von einer schlecht unterrichteten Mehrheit des Reichstages an das besser zu unterrichtende Volk appellirt habe. Das sei nicht socialistisch, wie v. Bennigsen behauptet habe, sondern socialistisch sei es, wenn man die einzelnen Erwerbsinteressenten gegen einander aufrege. Nach solcher Einleitung sprach dann Eugen Richter das große Wort: „Gewiß, ich habe auch eine große Wirksamkeit in der Presse, und ich bin ebenso stolz darauf wie auf meine Wirksamkeit auf der Tribüne . . . Die nationalliberale Presse unterscheidet sich in nichts mehr von der Reptilienpresse, die Herr v. Bennigsen so oft wegen ihres unwürdigen Verhaltens verurtheilt hat." Dann wandte er sich gegen Bennigsen und Miquel, die sich unter ungünstigen Verhältnissen aus der politischen Arena zurückgezogen hätten, um im Stillen vielleicht zu büßen für das, was sie gethan. Erst als die Sonne des Reichskanzlers ihnen wieder lachte, als die äußeren Verhältnisse sich günstiger gestalteten, seien sie wieder als Marschälle vor der Front erschienen. Sich zu halten auch gegen Majoritäten sei die Aufgabe eines Mannes, der nicht um äußerer Vortheile und Interessen hier sei, ohne damit Jemand persönlich verdächtigen zu wollen. Als letzten Trumpf spielte dann endlich Herr Richter die Behauptung aus, daß Derjenige, welcher die Vorstellung während der Wahlen vertrat, daß davon, ob wir im Jahre 1887 eine Heeresverstärkung bis 1890 oder bis 1894 annehmen, ein Angriffskrieg Frankreichs abhänge, dies mit absichtlicher Täuschung wider besseres Wissen gethan habe. Damit war das Pulver des Herren Richter verschossen, und der Redner hat aus der Aufnahme, welche seine Rede im Reichstage gefunden hat, ersehen können, daß seine Zeit vorüber ist.

Wir gönnen Herrn Richter den Stolz, den er über seine Thätigkeit in Presse und Parlament empfindet, wir können aber auch unsere Genugthuung darüber nicht verhehlen, daß sich die Zahl seiner Anhänger täglich vermindert, und daß sein Einfluß im Reichstage mehr und mehr auf den Nullpunct herabsinkt. Herr Richter hat natürlich vorausgewußt, daß die Kriegsgefahr abgewandt und daß auf ein Ministerium Goblet mit Boulanger ein Ministerium Rouvier ohne Boulanger in Frankreich folgen werde, er hat auch ganz genau den Eindruck einer Bewilligung der Heerespräsenzstärke auf drei Jahre an Stelle der bisher üblichen sieben Jahre auf Regierung und Volk in Frankreich vorher zu bestimmen vermocht. Herr Richter kann das mit um so größerer Sicherheit, als er über die Stimmung in den maßgebenden Kreisen Frankreichs offenbar nicht unterrichtet ist, wie es die Regierung ist. Der Reichskanzler kann das, was ihm darüber bekannt ist, nicht dem Reichstag rückhaltlos mittheilen, weil er dadurch den Frieden, der jetzt mühsam wieder einigermaßen befestigt zu sein scheint, gefährden würde. Es ist ja überhaupt so leicht, immer und unter allen Umständen Opposition zu machen und sich dann öffentlich zu rühmen, daß man die Sache des unterdrückten und in seiner Freiheit bedrohten Volkes führe. Schwerer ist es, persönliche Wünsche um des Gesammtwohles willen zurückzudrängen, Maß zu halten, um das Ganze nicht zu Gunsten des Parteiinteresses zu gefährden. Hat sich Herr Richter wohl schon einmal die Frage vorgelegt, wohin das deutsche Reich kommen würde, wenn es seiner Führung folgte? Das Ideal des Richter'schen Staates ist der Staat, wo das größte Maß politischer Freiheit herrscht und die geringsten Steuern gezahlt werden. Nun, dieses Ideal haben auch die Socialdemokraten und die französischen Intransigenten vor Augen, wie die Irredentisten in Italien, die Zorrillisten in Spanien und die Parnellisten in England. Mit solcher Politik ist aber die Aufrechterhaltung der Großmachtsstellung Deutschlands nicht vereinbar. Richter macht die nationalliberale Partei für die Bewilligungen der Jahre 1879 und 1881 — also für den neuen Zolltarif verantwortlich. Das ist auch wieder für die Wähler berechnet. Was würde aber die Partei des Herren Richter dazu sagen, wenn in Folge seiner Steuerpolitik, mit der er an maßgebender Stelle durchgedrungen wäre, das deutsche Heer reducirt und desorganisirt worden wäre, wenn Frankreich die günstige Gelegenheit benutzt und Deutschland angegriffen, vielleicht geschlagen hätte? Dann hätte Herr Richter wohl kaum mit Stolz auf seine Wirksamkeit in Parlament und Presse hingewiesen. Wir können in der That froh sein, daß Herr Richter seinen Oppositionsstandpunct mit so großer Beharrlichkeit festgehalten hat, denn nur dadurch hat er es der liberalen Partei ermöglicht, in dasjenige Verhältniß zur Reichsregierung zu kommen, daß sie wieder mit voller Kraft und Ueberzeugung der Nothwendigkeit sich an der Aufgabe der Gesetzgebung betheiligen konnte. Die Fortschrittspartei und die daraus hervorgegangene deutschfreisinnige hat durch ihre Maßlosigkeiten den gemäßigten Liberalen wieder den Weg zur Theilnahme an der Erfüllung der Reichsaufgabe geebnet. Dafür sind wir Herrn Richter in erster Linie zu größtem Dank verpflichtet.

Leipzig, 16. Juni 1887.

* **Das Befinden des Kaisers** wurde, wie uns aus **Berlin vom Dienstag** gemeldet wird, von den Aerzten als befriedigend bezeichnet. Se. Majestät brachten den größeren Theil des Tages außerhalb des Bettes zu, die letzte Indisposition gilt als völlig beseitigt, und gilt es nur noch eine gewisse allgemeine Schwäche zu heben. Bulletins durch den „Reichsanzeiger" werden nicht mehr veröffentlicht.

* Aus zuverlässiger Quelle wird gemeldet, daß der **Gesundheitszustand des Reichskanzlers** sich in den letzten Tagen verschlechtert hat. Durch die nervösen Schmerzen ist Fürst Bismarck jeder Nachtruhe beraubt. Seitens des behandelnden Arztes wird auf der Forderung bestanden, daß der Fürst sich von Berlin und den Geschäften entferne. Bisher hat eine Uebersiedelung aufs Land nicht stattfinden können, weil der Reichskanzler noch nicht reisefähig ist.

* Aus Lübeck wird der „National-Zeitung" geschrieben: „In der viel besprochenen **Apothekenfrage** wurde dieser Tage seitens unserer Bürgerschaft ein Schritt gethan, den man vielleicht in anderen deutschen Staaten nachthun wird. Die Bürgerschaft erklärte sich nämlich mit dem früher erwähnten Senatsvorschlag einverstanden, der dahin ging, etwa neu zu vergebende Apothekenprivilegien dadurch auch für den Staatssäckel nutzbar zu machen, daß man sie im **Submission** ausschreibt. Wer das Meiste bietet, erhält die Concession zugeschlagen. So lasse sich auch am besten die Ungerechtigkeit bei der sonst üblichen Verleihung von Apothekenprivilegien vermeiden. Von Interesse war bei dieser Verhandlung noch, daß sich der Senat durch den Senatscommissar Senator Dr. Nitscher aufs Schärfste gegen die Verstaatlichung der Apotheken aussprach. Er konnte das mit um so größerem Recht, als wir vordem hier in Lübeck eine staatlich verwaltete Apotheke, die sogenannte Raths-Apotheke, hatten, mit der man aber so schlecht fuhr, daß man sie auflöste. Beiläufig sei noch bemerkt, daß sämmtliche hiesigen Apothekenbesitzer außer den sonst üblichen Steuern und Abgaben noch eine sogenannte „Recognitionsgebühr von jährlich 1200 ℳ an den Lübeckischen Staat zahlen."

* Das Gaufest des **Kinzigthaler Militairgauverbandes**, das am 12. Juni zu Zell stattfand, erhielt durch die Anwesenheit des **Großherzogs von Baden** seine besondere Weihe. Das Festbankett fand unter Theilnahme des Großherzogs in der halboffenen Bankethalle statt. Derselbe hielt, auf die Ansprache des Bürgermeisters Fischer antwortend, die folgende **Rede**:

„Ich erhebe mich, um Ihnen und besonders Ihrem Herrn Bürgermeister, der mich so freundlich in Ihrem Namen begrüßte, herzlichsten Dank zu sagen, Ihnen zu danken, daß Sie mich hier in Ihrer Mitte haben wollten, und um Ihnen zu sagen, daß ich mit inniger Freude hier unter Ihnen erschienen bin. Ich freue mich, hier in einer Gemeinschaft mich zu befinden, die sich zusammensetzt aus den besten Kräften des badischen Volkes. Denn die besten Kräfte sind es, die gestrebt haben und noch darnach trachten, zum Wohle und Gedeihen des theuren Vaterlandes das Ihrige beizutragen. Ich freue mich, zu wissen, heute vielen alten Soldaten begegnet zu sein, auch solchen aus älteren Zeiten, Soldaten, welche wissen, daß eine feste innere Ordnung allein den Zusammenhang, die Einigkeit giebt, deren wir uns heute erfreuen. Ich freue mich also, hier bei Ihnen zu sein, denn die Kraft, von der ich soeben gesprochen, ihr verdanken wir Manches, verdanken wir Vieles. Sie machte uns groß und gebeihe, damit uns Das erhalten bleibe, wofür ja auch Sie gekämpft und geblutet haben. Halten Sie das fest! Möge diese Kraft, welche einst Veranlassung gegeben hat zur Begründung dieser Vereine, uns allen bewahrt bleiben. Ich glaube und ich weiß, daß Sie alle diesen gleichen Wunsch hegen. Die Erinnerung an die schweren Jahre 1870/71 möge stets in Ihnen lebendig bleiben, damit wir die Werthschätzung der nationalen Kraft nie zu gering anschlagen. Ich habe dies nicht jemals selbst erfahren, Sie alle haben es ja selbst erlebt und zwar noch in allerneuester Zeit, daß eine Schwächung dieser Kraft versucht wurde. Es sind viele solche Versuche an Sie herangetreten, sowohl von Außen, als auch von Innen. Die feste Ordnung, welche auf dem nationalen Bewußtsein, auf der nationalen Opferfreudigkeit beruht und von welcher ich jetzt spreche, will, die haben Sie ja Alle schätzen und achten gelernt. Diese feste Ordnung aber, sie beruht auch auf unserem Heer! Wie ihm und in ihm ist Alles geschehen. Und darum hat es sich auch in letzter Zeit gehandelt, als diese unsere Ordnung von außen bedroht war! Ich danke Ihnen, daß Sie auch zu dieser Zeit die treue Gesinnung bewahrt haben, daß Sie dieselbe bethätigt haben und für alle Zukunft, so hoffe ich, werden Sie dieselbe fest- und hochhalten. Ich rede hier zu ernsten, erfahrenen Männern und zwar auf Grund eigener Erfahrung. Ich werde mich gern der Freude anschließen, welche Sie heute hier zusammengeführt hat in freundschaftlicher, kameradschaftlicher und echt vaterländischer Gesinnung. Ich bringe Ihnen die treuesten Wünsche entgegen für Sie und den übrigen Waffengefährten und hoffe sie dabei zusammen, daß ich sage, möge und jene Kraft, von der ich zuvor sprach, immerdar treu bleiben, auf daß wir den Frieden erhalten, daß uns Allen eine glückliche Zukunft zu Theil werde und mir selbst die Freude wird, wieder einmal in Ihrem Kreise zu erscheinen und mich an Ihrer Liebe und Freundschaft zu erfreuen. Sollte das aber nicht mehr der Fall sein können, so bitte ich Sie, übertragen Sie diese Freundschaft und Gesinnung auf Diejenigen, welche nach mir kommen werden. Und auch auf Diejenigen richten Sie Ihr Augenmerk, welche Ihnen einst folgen sollen, damit dieselben dereinst tüchtige Bürger des Staates und des lieben deutschen Vaterlandes, und wenn es einmal wieder nothwendig werden sollte, auch gute Soldaten werden mögen!! Ich trinke auf das Wohl des badischen Militairverbandes und auf jenes dieses Gauverbandes, welcher an dem Ersteren einen so ehrenvollen Antheil nimmt. Der badische Militairverband und der Kinzigthaler Gauverband, sie leben hoch!"

Die vielhundertköpfige Versammlung, welche in ehrfurchtsvoller Stille den Worten des erhabenen Redners gelauscht hatte, erhob sich wie ein Mann und brauste ein dreimaliges Hoch durch den weiten Raum.

* * *

* **Die Ministerkrisis in Serbien** ist beendet; Ristic hat ein neues **Ministerium** gebildet. Lange Jahre hindurch hielt man Jovan Ristic für den bedeutendsten Staatsmann Serbiens.

Geboren 1831, trat er, nachdem er in Berlin und Heidelberg studirt hatte, in den serbischen Staatsdienst und lenkte durch diplomatische Dienste die Aufmerksamkeit auf sich. Michael Obrenovic ernannte ihn schon 1867 zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Als Fürst Michael am 10. Juni 1868 von den Anhängern der vertriebenen Fürstenfamilie Karageorgevic ermordet wurde, vereitelte Ristic mit dem Kriegsminister Blaznavac die Pläne der Prätendenten, indem beide die Skupschtina bewogen, den Neffen Michaels, den vierzehnjährigen Milan, zum Fürsten auszurufen. Ristic wurde in Verbindung mit Blaznavac und dem Senator Gavrilovic die Regentschaft bis zur Mündigkeit Milan's übertragen. In den vier Jahren seiner für Serbien wohlthätigen Regierung befestigte und reformirte er die Verfassung in liberalem Sinne. Als Fürst Milan am 22. August 1872 mündig wurde und die Regierung übernahm, beauftragte er Blaznavac mit der Bildung des Ministeriums, zu dem natürlich auch Ristic gehörte, da beide Männer in gleichem Maße das Vertrauen des Landes besaßen. Blaznavac starb schon nach wenigen Monaten, worauf Ristic an die Spitze der Regierung trat und seitdem mit kurzen Unterbrechungen, in denen es einer schwachen conservativen Partei gelang, das Ohr des leichtgläubigen jungen Fürsten, aber nicht die Majorität in der Skupschtina zu gewinnen, die Angelegenheiten Serbiens bis November 1880 geleitet hat. Ristic war Liberaler und auch ein Freund Rußlands, was unter Alexander II. kein unbedingter Gegensatz war; seine Russenfreundlichkeit ging jedoch nie so weit, daß er lediglich Interessen, geschweige denn die Selbständigkeit Serbiens dem Zarenreiche zum Opfer bringen konnte. Der Friede von San Stefano, welcher die Versprechungen, mit denen die Russen ihn zum Kriege gegen die Türkei ermuntert hatten, unerfüllt ließ, kühlte seine Russenfreundschaft ab, während die Erwerbung Bosniens durch Oesterreich ihn gegen dessen Regierung verstimmte. Als Ristic sich weigerte, unter den von Oesterreich gestellten Bedingungen einen Handelsvertrag abzuschließen, drohte der österreichische Minister am 17. October 1880 mit Zwangsmaßregeln. König Milan, dem die Erschwerungen, welche Ristic ihm aufnöthigte, schon lange lästig waren, benutzte diesen Anlaß, ihn los zu werden, und berief mit Pirotschanatz die Freunde Oesterreichs an die Regierung. Von nun an machte sich des Königs Einfluß auf die Politik in höherem Maße geltend und die Folge war, daß bis heute die Ministerien und die Regierungssysteme schnell wechselten. Der ehrgeizige Ristic hatte in jeder Krisis sich bemüht, wieder ans Ruder zu kommen, aber vergeblich, da König Milan ihn beinahe haßte, und die Verlegenheit muß groß gewesen sein, wenn Ristic jetzt endlich triumphirt hat. In der Opposition hatte er sich der russischen Partei wieder genähert. Trotzdem fürchtet man dem Anschein nach in Wien und Pest seine Rückkehr zur Macht nicht. Ob man sich darin täuscht oder nicht, würde sich erst zeigen, wenn Rußland Bulgarien wieder in seine Gewalt bekäme. Bis dahin wird Ristic in der äußeren Politik sich nur durch die Rücksicht auf die Selbständigkeit Serbiens leiten lassen.

* Zum Stande der Frage der **Maasbefestigung** wird der „Vossischen Zeitung" aus **Brüssel, 10. Juni**, geschrieben: In der belgischen **Deputirtenkammer** dauert Tag für Tag der Redekampf für und gegen die **Maasbefestigungen** fort, ohne irgend etwas Neues zu Tage zu fördern. Gestern hat wieder der Finanzminister eine lange Rede gehalten, heute erwidert ihm Herr Frère-Orban. Das bisherige Ergebniß der Debatten ist, daß der größte Theil der Clericalen aus Vertrauen zu dem Ministerium und um irgend etwas für die Vaterlands-Vertheidigung zu thun, für die Regierungsvorlage, die ganze Linke aber mit wenigen Ausnahmen dagegen stimmt. Die Annahme der Maasbefestigungen ist also gesichert. Aus der gestrigen Rede des Finanzministers verdienen zwei Puncte von allgemeinerem Interesse Erwähnung, da sie ein helles Licht auf die sonderbaren belgischen Verhältnisse werfen. Aus den Archiven des Kriegsministeriums sind sämmtliche Protokolle der Militaircommission der Jahre 1847, 1849, 1855 und sogar der großen Commission von 1859, deren Mitglieder die Landesvertheidigungspläne feststellten und sich auf Ehrenwort verpflichtet hatten, ihre Beschlüsse geheim zu halten, verschwunden; es fehlen ferner die Berichte von 1858 über die Vertheidigung der Schelde, über die Zerstörung der Nord-Citadelle, die Acten über das Fort Rupelmonde und ein Bericht des Generals Weiler über die Maasbefestigung. Die Abschriften aller dieser wichtigen Schriftstücke besitzt allein der Deputirte Frère-Orban, der sie während seiner Ministerschaft, „um sich gegen etwaige Angriffe später vertheidigen zu können", für sich hat abschreiben lassen, und der diese Staatsgeheimnisse auch in den jetzigen Militairdebatten verwerthet. Die Regierung hat jetzt den genannten Deputirten ersucht, Abschriften für die Staatsarchive von allen diesen Schriftstücken nehmen zu dürfen. Eine große Rolle spielt bei der jetzigen Debatte der bereits erwähnte, an den Deputirten Frère gerichtete und auf der Kammertribüne verlesene Brief des Generals Chazal. Dieser um Land und Armee verdiente General war in Anerkennung seiner Dienste ermächtigt worden, sein Commando in Folge seiner geschwächten Gesundheit nicht zu führen, war aber in den Listen der Armee als activer General beibehalten worden. Chazal richtete nun an Herrn Frère einen Brief, in dem er sich nicht nur auf das Entschiedenste gegen die Maasbefestigungen aussprach, sondern die vom Kriegsminister mit königlicher Unterschrift eingebrachte Vorlage als „eine wahre Thorheit (folie)" bezeichnete. Der Finanzminister rügte mit Recht diesen Vorgang als eine schwere Verletzung der militairischen Disciplin und versicherte, das Ministerium habe nur aus Rücksicht auf die großen Verdienste des Generals Chazal von Disciplinar-Maßnahmen gegen ihn Abstand genommen. Schließlich kündigte der Finanzminister an, daß er demnächst neue Credite für die Artillerie fordern wird. Es handelt sich um die mit den Krupp'schen Werken abgeschlossene Kanonenlieferung.

Die Repräsentantenkammer nahm am Dienstag, wie telegraphisch gemeldet, die Gesetzentwürfe über die Anlage von Befestigungen an der Maas mit 81 gegen 41 Stimmen an, 6 Mitglieder enthielten sich der Abstimmungen.

* Am 13. d. M. fand in **Montpellier** eine **Boulangistische Kundgebung** statt. In einer aus ungefähr Tausend Personen bestehenden Versammlung wurden nämlich die elf Mitglieder des Gemeinderathes der Stadt, welche sich geweigert hatten, eine Adresse an den Exminister zu unterzeichnen, scharf getadelt und zugleich aufgefordert, ihre Entlassung einzureichen. Nach der Versammlung durchzog die Menge die Stadt unter den Rufen: „Es lebe Boulanger! Nieder mit Ferry!"

* **Aus London, 12. Juni**, wird gemeldet:

Für den **Jubiläumszug** wird zum Gebrauche der kaiserlichen und königlichen Herrschaften ein Dutzend prächtiger Staatskutschen vorbereitet; die kostbarste ist für die Königin und die deutsche Kronprinzessin bestimmt. In Bau und Ausstattung gleicht sie genau der Krönungskutsche, in welcher die Königin vor 50 Jahren nach der Abtei fuhr; nur wird sie offen sein und dadurch den ungehinderten Anblick der Monarchin gestatten. Sechs isabellfarbige Ponies in purpurfarbenem Ledergeschirr werden vorgespannt werden. Bekanntlich kann nichts die Königin bewegen, die seit dem Tode ihres Gemahls angelegte Trauer abzulegen; indessen wird dies bei der Menge hoher Orden, die sie anlegt, weniger hervortreten. Vom Buckingham-Palast bis zur Abtei sollen 10,000 Mann aus allen Truppengattungen den Weg einfassen, während Garden und Blaujacken den Ehrendienst bei dem Auszug und der Ankunft an Kirche und Palast zukommt. Zwei große Triumphbogen erheben sich am Eingang von Pall Mall und bei Whitehall. Die Anzahl der Sitze in der Abtei beträgt 10,000; die Gerüste erheben sich zu der schwindelnden Höhe von 70 Fuß. Der